



**Bundeskongress 18. – 20. April 2008, Kassel**

**Gute Arbeit – Sicherheit im Alter – Gemeinsam für Gerechtigkeit**

**Rede Kurt Beck**  
**Vorsitzender der Sozialdemokratischen**  
**Partei Deutschlands**

## **Kurt Beck**

Guten Morgen, liebe Genossinnen, liebe Genossen. Ich grüße euch herzlich und will zunächst mal sagen: Ich fühle mich hier in dieser Runde immer noch daheim.

Es ist mir eine besondere Freude, dass ich Ottmar Schreiner gratulieren darf zu seiner Wiederwahl mit einem Ergebnis, lieber Ottmar, über das man sich weiß Gott nicht beklagen kann. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute, viel Erfolg weiterhin.

Ich freue mich natürlich auch, viele liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus der betrieblichen, gewerkschaftlichen Verantwortung zu sehen. Mit einer ganzen Reihe, wenn ich mich so umschaue, hatte ich noch Gelegenheit gehabt, zu den Zeiten zu arbeiten, als ich noch ehrenamtlicher Gewerkschafter und für Kolleginnen und Kollegen betriebliche Verantwortung getragen habe. Das prägt -und ich freue mich, euch wiederzutreffen. Aber es ist mir auch eine besondere Freude, dass ich mit unserem früheren AfA-Sekretär, lieber Walter, einen lieben Wegbegleiter hier begrüßen darf. Günther Sattel begrüße ich. Ich freue mich natürlich, dass Hans Eichel und Rudolf Dreßler hier unter uns sind und begrüße auch herzlich, den Oberbürgermeister dieser schönen Stadt, Bertram Hilgen.

Lieber Heiko Maas, du bist derjenige, der sozusagen die Repräsentanz der nächsten Generation der sozialdemokratischen Führungsverantwortung darstellt. Du hast hier zu den Delegierten gesprochen. Lasst uns, liebe Genossinnen und Genossen, über unterschiedliche Altersstufen hinweg eines miteinander deutlich betonen:

Die deutsche Sozialdemokratie wird immer die Repräsentanz der arbeitenden Menschen und der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland bleiben Das war immer so und das wird immer so sein.

Deshalb bin ich besonders froh, dass wir in den vergangenen Monaten durch intensive Arbeit und Aufeinanderzugehen die Kontakte zwischen den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratie wieder deutlich enger machen konnten, dass wir den Gewerkschaftsrat wieder deutlich aufgewertet haben und dass wir gerade eine Initiative laufen haben, wir nennen sie eine *Arbeitnehmerinitiative*, mit der Bitte und der Aufforderung, dass in allen unseren Landesverbänden und Bezirken solche dauerhaften Begegnungen

zwischen den gewerkschaftlichen und betrieblichen Repräsentantinnen und Repräsentanten der Arbeitnehmerschaft und den sozialdemokratisch Verantwortlichen wieder zur Selbstverständlichkeit werden. Das ist für uns bedeutend. Das wird für uns auch eine notwendige Grundlage sein, um den Kontakt in die Betriebe und aus den Betrieben in die Partei hinein lebendig zu halten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir haben versucht - und das wird auch weiterhin das Bemühen der sozialdemokratischen Führung sein - in allen wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen immer einen Weg zu finden, der die Interessenslage der Arbeitnehmer in die Diskussionen und Entscheidungen mit einbezieht. Wenn nun gerade die Meldung kommt, dass es im Bereich der Deutschen Post, zwischen ver.di und den Arbeitgebern entscheidende Tarifverhandlungen gegeben hat, dann hoffen wir alle, dass es zu vernünftigen Lösungen dort kommt. Aber ich möchte eines betonen: Mit ver.di zusammen und mit dem DGB zusammen ist es uns gelungen, eine Basis dafür zu schaffen, dass dort wieder ordentlich über Tarifverträge verhandelt werden kann, weil wir Mindestlöhne für diesen Bereich geschaffen haben und damit das Ausbluten dieses Dienstleistungssektors, was tarifliche Bindungen angeht, verhindert haben, liebe Freundinnen und Freunde.

Wenn wir hier nachgegeben hätten und bei PIN mit selbstgegründeten, von den Arbeitgebern gegründeten Gewerkschaften Scheintarifverträge abgeschlossen worden wären und dann diese in Zukunft die Basis für Löhne in diesem Sektor gebildet hätten, hätten wir einen Erdrutsch erlebt in diesem gesamten Dienstleistungssektor. Deshalb mussten wir dem entgegen halten.

Dann hält man es halt auch aus, dass in einer großen Sonntagszeitung eine Empfehlung geben wurde, wie man sein Äußeres zu verändern hat. Aber ich will euch was sagen, liebe Freundinnen und Freunde von der Arbeitgeberseite: Die Orientierung an einer gerechten Gesellschaft bleibt genauso dran bei uns wie mein Bart dran bleibt.

Ich habe gehört- das wäre als zweites Beispiel des Zusammenwirkens zwischen gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Verantwortung zu nennen- ich habe gehört, auch im kurzen Eingangsgespräch mit Ottmar, dass euch - und wie könnte es

anders sein - die Frage der Privatisierungspolitik insgesamt und die Frage, wie wir mit der Entwicklung der Bahn umgehen, umtreibt.

Ich will zunächst die generelle Linie deutlich machen: Gott sei Dank ist dieser Super-Hype vorbei, der uns eingeredet hat und auch ein Bild erzeugt hat, dass alles, was in private Hand gegeben wird, per se gut und billig und preiswert und was weiß ich was alles ist. Und alles, was in öffentlicher Hand gemacht wird, ist des Teufels und zu verdammen. Gott sei Dank ist dieser Hype vorbei und wir können wieder vernünftig über Daseinsvorsorge miteinander reden.

Ich bin sehr dafür, dass wir auch Wege miteinander suchen, wie wir in verantwortlicher Weise privates Kapital nutzen, um öffentliche Investitionen mitzufinanzieren. Aber ich bin dagegen, dass wir Kernbereiche der Daseinsvorsorge aus der Hand geben. So war es für mich eine Selbstverständlichkeit in meiner Regierungserklärung in Rheinland-Pfalz deutlich zu machen: Die Wasserversorgung wird nicht in private Hand gegeben. Guckt euch mal Länder an, wo dies gemacht worden ist, was teilweise dabei heraus kommt.

Nun zur Bahn: Ich bin am 01.01.1972 in die SPD eingetreten. Das hatte drei Gründe, vor allem einen zentralen: Der lag darin, dass wir in dieser Zeit aufgenommen haben, was Willy Brandt damals in die Diskussion eingebracht hat mit seiner Regierungserklärung 1969 "Mehr Demokratie wagen". Ich habe damals noch in der Werkstatt gearbeitet als Elektroniker und wir haben schon fertig gebracht, entsprechende Funkgeräte so umzustimmen, dass wir da zuhören konnten. Und wir haben darüber geredet und viele Kollegen haben gesagt: *„Ach, das wird ja eh nix, das ist ja eh nix für uns und wir verstehen das ja eh nicht“*. Daraus ist eine Diskussion entstanden, die mich dazu gebracht hat zu entscheiden auch in der Partei Politik machen und nicht nur mit der Gewerkschaftsarbeit.

Es gab einen zweiten Grund, der hing mit einer Kommunalreform zusammen. Und es gab einen dritten: Zusammen mit dem evangelischen Dekan aus meiner Heimatregion habe ich eine Initiative gegründet, weil zu dieser Zeit ein Kahlschlag der Bahn geplant und leider gegen unseren Widerstand dann auch durchgesetzt worden ist. Alles, was an regionalen Strecken da in meiner Heimat war- und in vielen anderen Teilen Deutschlands war es ja auch nicht anders- ist zuerst infrage gestellt

und dann stillgelegt worden. Ich habe mir damals vorgenommen, eigentlich war es eher ein unreflektierter Wunsch: Solltest du jemals politischen Einfluss haben, dann fahren diese Züge wieder. Liebe Genossinnen, Genossen, sie fahren wieder.

Ich erzähle das deshalb, weil ich deutlich machen will, dass ich emotional viel eher bei denen bin, die eine strikte öffentliche Verantwortlichkeit des Bundestages und - da wir auch regionale Verkehre haben - der Landtage und der entsprechenden Regierungen befürworte. Aber es ist auch die Wahrheit, dass wir eine Koalitionsvereinbarung abgeschlossen haben, die von einem Bundesparteitag bestätigt worden ist. Da steht drin, dass dieser Weg gegangen werden soll, wenn auch die Einzelheiten dort klugerweise nicht beschrieben sind, so dass wir gestalterische Möglichkeiten haben.

Ich habe sehr gut verstanden, dass sich der Bundesparteitag in Hamburg dieses Themas angenommen hat, auf der Basis eines Vorschlages damals, bis zu 49,9 % des Gesamtkonzerns der Privatisierung zugänglich zu machen. Seit diesem Zeitpunkt diskutieren und ringen wir. Und ich finde, es adelt die Sozialdemokratie, dass wir keine Ordre-de-Mufti-Politik von oben nach unten machen, sondern dass wir um solche Fragen intensiv ringen.

Ich habe es als meine Aufgabe angesehen, diesen Diskussionsprozess jetzt zu einer Entscheidung zu führen. Wir haben - im Ringen auch in der Parteiführung - dann einen Vorschlag gemacht, der mit dem, was in Hamburg auf dem Tisch lag, kaum vergleichbar ist. Der gesamte Bereich der öffentlichen Infrastruktur, die Schiene, die Energieversorgung, die Bahnstationen, all das, was damit zusammenhängt, und die Dienstleistung, die damit verbunden ist, einschließlich des Overheads, also der Gesamtsteuerung, der Gesamtverantwortung für den Konzern, werden nach diesem Vorschlag zu 100 % in Verantwortung des Bundes bleiben. Und der Bereich, der operativ ist, das ist der Kompromissvorschlag, soll bis zu 24,9 % auf zweierlei Weise durch entsprechendes An-den-Markt-Bringen Geld für die Zukunftsaufgaben der Bahn erwirtschaften. Zweierlei Weise: Das sind normale Stammaktien und das sind so genannte reguläre Namensaktien, also Aktien, die bewusst so eingesetzt werden, dass man jederzeit weiß, wer sie hat und wo sie sind, so dass man nachsteuernd etwas tun kann.

Und 24,9 %, wem sage ich das, hier sitzen Aufsichtsratsmitglieder, heißt: Die Berufung der Aufsichtsräte ist ausschließlich Sache des Bundes. Dass man dann auch Vernünftige hinschicken muss, ist wieder Mitbestimmung. Das liegt nicht am System, sondern das liegt dann an denen, die die Entscheidung treffen, wer dort sitzt und ob sie vernünftige Politik machen oder nicht, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir haben ein Zweites uns vorgenommen, nämlich dass wir diesen Prozess so stabil wie möglich machen wollen. Niemand auf der Welt wird euch garantieren können, dass nicht ein Bundestag, der anders zusammengesetzt ist, der der Union und der FDP alleinige Handlungsmöglichkeit gäbe, eine andere Politik macht. Davor kann uns niemand schützen. Und, liebe Genossinnen und Genossen, deshalb sagen wir: Wir wollen nicht nur einen Beschluss des Deutschen Bundestages, der dies absichert, wir wollen auch einen so genannten Beteiligungsvertrag, in manchen anderen Sektoren der Wirtschaft nennt man es *Bestimmungsvertrag*, wo die Kernaufgaben dieses Unternehmens festgehalten sind.

Natürlich lässt sich das auch kündigen, das weiß ich auch. Aber Verträge sind nicht so einfach kündbar, weil sie immer zweiseitig sind. Und wir haben in enger Abstimmung mit Norbert Hansen und TRANSNET die Dinge versucht so zu organisieren, dass darauf - das Ziel im Auge habend, einen gemeinsamen Konzernarbeitsmarkt zu haben - tarifvertragliche Regelungen aufgebaut werden können, die man auch einseitig kündigen kann, aber die doch ihre Nachwirkungen haben und ein neues Modell nicht einfach so daher kommen lassen.

Das wird auch am Montag in den Parteigremien, wo die Entscheidungen dann letztendlich fallen, im Parteivorstand und Parteirat und vorher im Präsidium, so klar gemacht werden.

Erstens: Weder die 100 % Behalt in der Bundesverantwortung für den Gesamtkonzern und für die Infrastruktur sind disponibel, noch die 75,1 % mindestens für diesen operativen Bereich sind disponibel und verhandelbar. Und es gehört auch mit dazu, dass wir eine Vernetzung zum Kernaufgabenbereich der Bahn erklären wollen in diesen Verträgen, die dort abgeschlossen werden, damit nicht hie Nahverkehr, dort die großen Fernverkehre und dazwischen ausgedünnt wird. Die

Vertaktung dieser Aufgaben ist ein Stück der Sicherung der Daseinsvorsorge des Systems Bahn.

Dafür, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir kämpfen. Wir haben dies auch deshalb getan, weil uns die Leute von TRANSNET sagen: Wenn ihr nichts tut und wenn- der Wähler und der liebe Gott mögen es verhüten- nächstes Mal andere Mehrheiten zustande kommen, dann werden wir überhaupt keinen Schutz mehr haben, diesen einheitlichen Konzern mit einheitlichem Arbeitsmarkt zu verteidigen, sondern dann werden wir auf der freien Wildbahn stehen. Wie das aussieht, auch wenn schwarz-grüne Koalition zustande kommt, können wir ja derzeit in Hamburg bewundern. Nichts, aber auch gar nichts im Interesse der Arbeitnehmerschaft ist dort sicher, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich bitte euch herzlich um Unterstützung, wohl wissend, dass man das auch anders hätte machen können, wenn man allein das Sagen hätte! Aber vor dem Hintergrund der Situation ist es ein guter Weg, auch wenn man Bauchgrimmen an der einen oder anderen Stelle haben kann.

Erlaubt mir, liebe Genossinnen und Genossen, dass ich nach diesen beiden Beispielen, und man könnte Gott sei Dank viele andere dazufügen, wie im engen Zusammenwirken zwischen den gewerkschaftlichen Positionen und der sozialdemokratischen Arbeit wichtige Zukunftsfragen angegangen werden, erlaubt mir, auf einige generelle Punkte, um die es in dieser Zeit geht, einzugehen.

Ich glaube, dass eine ganz große Weichenstellung darin besteht, dass uns die konservativen und die neoliberalen Kräfte in dieser Gesellschaft weltweit in den Forschungsinstituten und wo sie überall sitzen, bei den Arbeitgeberorganisationen , dass die uns ständig sagen: Diese Herausforderung, die man Globalisierung nennt, die ist nur auf einem Weg zu bestehen: *Ihr müsst euch anpassen*. Anpassen heißt Löhne runter, Arbeitsrechte runter, das heißt, Mitbestimmungsrechte weg. Und wenn ihr das alles macht, so ist das, was uns da vorgeredet wird, dann besteht Deutschland diese Herausforderung hervorragend.

Ich sage, das ist eine Irrlehre, und zwar eine gründliche Irrlehre. Deutschland wird diese Herausforderung so nicht bestehen, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir werden diese Herausforderungen nur bestehen, wenn wir auf die Fähigkeit der Menschen setzen und über die Fähigkeit der Menschen auf die Qualität und die Fortschrittlichkeit unserer Produkte und unserer Dienstleistungsangebote. „Billig“ ist nicht der Weg, den wir gehen können. Billig ist auch kein anständiger Weg, weil er doch immer darauf hinauszielt, dass, wenn der eine billig ist, man immer noch einen Billigeren irgendwo in der Welt sucht und finden wird, bis hin zum Elend von Menschen, dass sie nicht mehr leben können von ihrer Arbeit. Wir sind ja schon auf einem falschen Weg. Und wenn wir sehen, dass in Teilen der Welt jetzt wieder die Gefahr einer Hungersnot da ist, dann muss man sagen, da muss umgesteuert werden. Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit sind etwas anderes als das, was uns da gepredigt wird.

Wenn uns ein paar Schlaumeier erzählen, wir müssen ja lernen, dass alles zuerst erarbeitet werden muss, bevor man es verteilen kann, dann sage ich: Wie, bei Gott im Himmel, denkt ihr denn, geht es den Menschen in den Betrieben von morgens bis abends und ihr ganzes Leben lang? Wer mit solchen Weisheiten kommt, beweist nur eins, dass sie oder er mit der Lebenswirklichkeit - wenn überhaupt jemals - dann schon lange nicht mehr in Berührung gekommen ist, liebe Freundinnen und Freunde.

Ja, wir haben eine klare Vorstellung davon, wie wir mit hochqualitativen Angeboten, die wir international und national machen können, wirtschaftlich erfolgreich bleiben und so den Arbeitsmarkt stabilisieren und verbessern. Das muss verbunden sein mit unserer ökologischen Verantwortung und den Fähigkeiten, die wir uns erarbeitet haben, in den Forschungsstationen, in den Hochschulen, in den betrieblichen Forschungseinrichtungen und mit praktischer Innovation in den Betrieben. Wer energiesparende saubere Technologie anbietet, wird weltweit dafür auch gutes Geld bekommen, weil die Energiepreise nicht mehr billig werden und dann alle erkennen, selbst in Peking erkennen, dass man - wenn man die Luft nicht mehr atmen kann - auch dort ein Volk nicht mehr führen und in die Zukunft zu begleiten vermag.

Deshalb, ja zu dieser Verbindung von Ökonomie, Arbeitsplatzpolitik und ökologischer Verantwortung und ja zu einem Bund, der unverzichtbar mit dazu gehört, nämlich der sozialen Gerechtigkeit. Wer eine Gesellschaft in ihrer Stabilität infrage stellt, wer infrage stellt, dass man in unserer Gesellschaft immer mehr Menschen hat, die sagen: „*Egal, ob ich mich anstrenge oder nicht, es reicht hinten und vorne nicht zum*



*Leben*“. Und wenn wir dann noch erleben, dass ein Arbeiterkind eine Chance von 1:4 gegenüber einem Akademikerkind hat, die hohen und höchsten Schulen in dieser Republik zu erreichen, dann ist nicht mal die Motivation zum Aufstieg, die viele Menschen ja aufrecht erhalten hat, mehr in unserer Gesellschaft gegeben. Deshalb: Gerechtigkeit ist nicht irgend ein Notpflaster, weil es die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften verlangen, Gerechtigkeit ist einer der Motoren, die eine Gesellschaft lebendig halten und voranbringen.

Lasst mich an dieser Stelle eins dazu sagen: Da gibt es ja einige, die nicht aus unserer Geschichte gelernt haben und aus anderen Ländern nicht zu lernen willens sind, die nicht begriffen haben, dass - wenn sich die fortschrittlichen Kräfte in einer Gesellschaft, das, was wir die demokratische Riege nennen, spaltet - die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zeche zahlen.

Diese Gruppierung werde ich so lange eine *so genannte* Linke nennen, solange sie nicht willens und bereit sind, sich ein Programm zu geben, damit man weiß, womit man es überhaupt zu tun hat. Eins ist ganz bestimmt nicht links, nämlich auf eine Öffnung der Welt nationale, abschottende Antworten zu geben. Unsere Aufgabe muss es sein, gerecht zu denken und zu handeln. Denn das, was heute den Kolleginnen und Kollegen bei Nokia widerfährt in Bochum, das wird morgen denen irgendwo in Rumänien oder sonst wo passieren. Wenn die ausgelutscht sind und die öffentlichen Subventionen ausgelaufen ist, dann wird man wohin gehen, wo noch ärmere Menschen für noch weniger Geld arbeiten. Deshalb müssen wir einige Antworten geben, die genereller Natur sind. Dazu gehört beispielsweise, dass wir endlich Spielregeln für die internationale Finanzwirtschaft verantwortlich miteinander vereinbaren.

Hans Eichel hat darum gekämpft. Ich erinnere mich daran, lieber Hans, dass es Kommentare gegeben hat, wenn du das auf die Tagesordnung gesetzt hast, wo sie geschrieben hatten: *„Na ja, jetzt wollen sie mal wieder Ökonomie mit staatlichen Regeln versee“*. Heute sieht jeder, dass dieser Wildwuchs eine Ökonomie der starken Nationen schädigen kann, ja er kann sie zerstören. Bei den mittleren Nationen kann er die Wirtschaft kaputt machen und bei den ganz armen kann er sie auf Null bringen, liebe Freundinnen und Freunde. Es ist höchste Zeit, dass wir

saubere Spielregeln finden und diese Art des Spekulierens auf kurze Gewinne und Kaputtmachen von Betrieben und Lebensexistenzen unterbinden.

Deshalb bin ich Peer Steinbrück sehr dankbar, dass er dies auf der Tagesordnung hält, bei der G-8 auf der europäischen und auf der deutschen Ebene. Und wir arbeiten daran in einer Arbeitsgruppe der SPD, auch unter Einbeziehung von Gewerkschaftsvertretern, dazu ein Gesamtkonzept vorzulegen.

Ich habe im Wirtschaftsteil einer seriösen Zeitung gelesen, dass einer, der einen solchen Fonds in den USA leitet, über 13 Milliarden Dollar im letzten Jahr in die eigene Tasche gesteckt hat. *Der Witz*, stand dort, *das Einkommen dieser Manager liegt bei rund 870 Millionen Dollar im Jahr*. Für wen sind die denn da? Für die Pensionäre und Rentner in den USA? Da geht es doch um kurzfristige Gewinne und die stehen über allem. Also, wir haben alle ein Interesse, die Amerikaner, die Afrikaner, die Asiaten, die Europäer und wir Deutsche erst recht als Exportnation Nr. 1, dass dies in Ordnung gebracht wird.

Für uns heißt das auch, dass wir unsere Finanzwirtschaft nicht völlig kaputtmachen lassen, weder von Herren, die so gerne Victory-Zeichen machen, noch von anderen. Und es wäre ja schön gewesen, wenn da mancher, der in den obersten Etagen einer großen Geschäftsbank sitzt zur Zeit, als europaweit, ja weltweite Konzerne geschmiedet worden sind, sich beteiligt hätte. Ich würde mir wünschen, dass wir eine Großbank hätten, die unter den Top- Ten weltweit ist.

Aber jetzt im Nachhinein das Sparkassen- und das Genossenschaftswesen zerschlagen zu wollen, zu sagen: „*Das ist ja alles überflüssig, das machen wir alles jetzt in einer Großbank, dann haben wir ein größeres Kundengeschäft*“ das werden wir nicht zulassen, weil es die Konten der kleinen Leute und der Mittelständler sind, die damit infrage gestellt werden.

Zu diesen großen Aufgaben gehört auch das, was wir ein *Soziales Europa* nennen. Wir haben es übernommen für das Wahlprogramm für die Europawahl im Jahr 2009, dieses Kapitel mit unseren Freundinnen und Freunden zu erarbeiten. Wir werden am Montagabend mit dem Gewerkschaftsrat auch darüber beraten. Und dabei muss es darum gehen, dass dieses Europa nicht wieder absinkt zu einer reinen

Wirtschaftsgemeinschaft. Die Gefahr ist groß. Wir haben jetzt mehrere Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs erlebt, selbst gegen den Generalanwalt, wo es gegen die Interessen der arbeitenden Menschen geht. Die letzte Geschichte ist die mit dem Kaputtschlagen von Tariftreuegesetzen. Das kann und das darf in Europa nicht so weitergehen.

Deshalb wird es in der kommenden Woche, am kommenden Freitag eine Initiative eines Landes, unterstützt von den anderen A-Ländern, abgestimmt mit der SPD-Bundestagsfraktion und mit unserer Fraktion im Europäischen Parlament geben, um die Bundesregierung aufzufordern, in diesem Bereich im Ministerrat auf europäischer Ebene tätig zu werden. Wir wollen nicht nur ein Entsendegesetz, das dann Billiganbieter nach Deutschland bringt, wir wollen die arbeitenden Menschen auch davor schützen, dass sie ausgebeutet werden!

Wir sehen eine Tendenz, dass immer mehr an tariflichen Vereinbarungen gesägt wird. Die Frage: „*Wie haltet ihr es denn mit Flächentarifen?*“ wurde nie zufriedenstellend beantwortet. Ich erinnere mich an die Debatten der CDU in Leipzig. Heute wird das in der untersten Schublade gelagert. Aber ich behaupte, nur gelagert, denn wenn morgen Schwarz-Gelb möglich wäre, würde das ganz oben wieder auf dem Schreibtisch liegen.

Wir müssen auch sehen, dass es für uns doch ein Alarmzeichen sein müsste, wenn internationale Untersuchungen zeigen, dass wir in Deutschland zwischenzeitlich bei 22 % der Arbeitsverhältnisse angekommen sind, die mit Niedriglöhnen - *entlohnt* mag man ja nicht sagen - abgespeist werden, liebe Freundinnen und Freunde. Wir werden nicht zulassen, dass das Tarifsysteem ausblutet, so wie eine Sanduhr nach unten ausläuft. Am Ende ist nichts mehr da. Deshalb muss hier Einhalt geboten werden werden, das bedeutet: Auf gesetzlicher Grundlage muss eine Regelung getroffen werden, dass ein Mindestlohn über die gesamte Republik Gültigkeit hat, liebe Genossinnen und Genossen.

Die, die uns da entgentreten und das für Teufelszeug halten, die muss man manchmal fragen, was für ein ordnungspolitisches Bild habt ihr denn eigentlich im Kopf? Was hat's denn mit sozialer Marktwirtschaft zu tun, ja selbst, wenn man das *sozial* wegnähme, das in unserer Verfassung steht, was hat es denn mit

Marktwirtschaft zu tun, wenn das Erarbeiten von Gütern und Dienstleistungen in immer mehr Sektoren so organisiert wird, dass dort Löhne bezahlt werden, mit denen die Menschen nur noch dann überleben können, wenn sie zum Sozialamt oder zur Arge gehen ? Was für eine Vorstellung von Markt oder was für eine Vorstellung von sozialer Marktwirtschaft steht denn dahinter? Manchmal denke ich, der alte Ludwig Erhard würde sich im Grab umdrehen.

Deshalb: Wir wollen faire Bedingungen. Und es ist doch klar, was da auf die Schiene gebracht wird. Wenn, lieber Oberbürgermeister, in einer Stadt wie Kassel 10 Friseure sind, die Minilöhne bezahlen, weil keine Tarifgebundenheit da ist, das auch können, was sollen denn die anderen 120 tun? Die werden diesem Beispiel nolens volens Stück für Stück folgen, wenn sie nicht bankrott gehen wollen. Deshalb ist es nicht nur ein Schutzsystem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es ist auch ein Schutzsystem, dass anständig bezahlte Arbeit, qualitative gute Arbeit sich dann in den Preisen, die die Unternehmen nehmen können, auch abbilden und damit ihnen auch eine Chance gegeben wird, anständige und soziale Arbeitgeber zu sein.

Überlegen wir denn nicht gerade aktuell, dass dieses Betrachten von Menschen in den Betrieben immer stärker dazu führt, dass man sie als Kostenfaktoren einschätzt, als Produktionsfaktoren, aber das Menschliche, der Respekt vor dem Menschen und seiner Arbeit zurücktritt? Was anderes sagen uns denn die Vorkommnisse , wie diese Beschnüffelung bei Lidl u.a.? Was ist denn das anderes, als eine wirklich verachtenswerte Art und Weise mit Menschenrechten in Betrieben umzugehen? Da dreht sich einem doch der Magen um.

Deshalb bleibt es dabei: Wir werden uns diesen Entwicklungen entgegenstemmen. Und wir tun es nicht nur in Form einer Abwehrhaltung, sondern dahinter steckt ein klares Ziel der deutschen Sozialdemokratie. Wir wollen erfolgreich sein mit kreativen, mit mitverantwortenden und mitentscheidenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über die Betriebsräte, über die Aufsichtsratsgremien etc.. Wir wollen eine Wirtschaft haben, die eben nicht dem amerikanischen System nacheifert. Wir haben einen Weg entwickelt, der Deutschland an die Spitze der Exportnationen dieser Welt geführt hat, liebe Freundinnen und Freunde. Warum sollen wir uns denn das kaputt machen lassen?

Was für ein Bild von Reformen steht denn dahinter, wenn den so genannten Reformern nichts anderes einfällt, als den Arbeitnehmern in die Tasche zu greifen. Das ist nicht unsere Vorstellung von Reform. Ja, wir müssen uns auf vieles einstellen und einrichten, dass sich viele Dinge auch im Arbeitsleben verändern. Ihr diskutiert ja darüber auch heftig, ich habe ja gerade einen Teil auch mitgehört. Deshalb haben wir beispielsweise im Bereich Leih- und Zeitarbeit gesagt: Lasst uns eine solche Möglichkeit eröffnen. Aber wenn man den kleinen Finger gibt, dann wird nicht nur die ganze Hand, sondern der ganze Arm genommen. Es ist richtig, dass Auftragsspitzen auch mit solchen Arbeitsverhältnissen abgedeckt werden können. Aber dann muss auch klar sein, dass diese Möglichkeit nicht zur Lohndrückerei missbraucht werden darf. Da muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit im gleichen Betrieb, liebe Freundinnen und Freunde.

Wohl wahr, die Alterszusammensetzung unserer Gesellschaft verändert sich. Auch damit befasst ihr euch ja zu recht und notwendigerweise intensiv. Wir haben darauf Antworten formuliert. Diese Antworten werden sicher auch noch weiterentwickelt werden müssen. Ich bitte euch ausdrücklich um eure Mitarbeit bei der Vorbereitung des Wahlprogramms für das Jahr 2009. Wir prüfen gerade- Olaf Scholz hat ja gestern zu euch gesprochen, deshalb muss ich dies nicht besonders breit heute machen- , wie wir zwischen Renten und Arbeitsleben flexible Regelungen finden können. Erinnert euch daran, als das Thema Rente mit 67 diskutiert worden ist. Ich halte es immer noch für notwendig, dass wir diesen Weg gehen vor dem Hintergrund der Alterszusammensetzung der Gesellschaft. Dabei bleibe ich ausdrücklich. Aber als ich dieser Diskussion hinzugefügt habe an diesem Beispiel der Dachdecker, dass wir ja unterschiedliche Situationen von Menschen mit unterschiedlichen Antworten abfedern müssen, wurde ich mit Häme übergossen. Wir müssen aber signalisieren, dass wir die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen kennen. Und wenn wir unveränderlich Notwendiges tun, dann muss dazwischen immer ein Weg auch gefunden werden, der es ermöglicht, dass eben der Dachdecker, dass die Krankenschwester in der Notaufnahmestation dass der, Walzwerker nicht sagen: „*Die sind doch völlig verrückt*“ - wenn die das sagen, dann haben wir was falsch gemacht - weil man doch so nie und nimmer ein solches Ziel erreichen kann. Es muss verantwortliche und vernünftige Lösungen geben.

Wir dürfen nicht zulassen, dass ein Generationenkonflikt herbeigeredet wird. Da habe diejenigen noch im Ohr, die den älteren Menschen empfohlen haben, sie sollen doch rechtzeitig den Löffel abgeben. Solchen Kerlen gehört hinter die Löffel geschlagen, entschuldigt, wenn ich das so sage.

Aber dahinter steckt ja mehr. Das, was nicht in den Hinterköpfen drin ist, kommt auch nicht vorne raus. Das sind die Leute, die die Sozialsysteme lieber zerstört sehen möchten, nach dem Motto: *Jeder ist seines Glückes Schmied. Jeder gucke, wie er über die Runden kommt.* Dreimal dürfen wir raten, wie die Mehrheit der Menschen dabei abschneiden würde.

Deshalb: Wir wollen bei den solidarischen Systemen bleiben. Die müssen aus meiner Sicht auch widerspiegeln, dass eine Lebensleistung auch zu einem besseren Ergebnis führt. Es ist ein Unterschied ob sich jemand in einer freien Gesellschaft das Leben als Balalaikaspieler auf dem Marktplatz gestaltet oder ob jemand ein Leben lang am Hochofen oder am Band steht: der muss auch spüren, dass das, was er da geleistet hat, auch für deine finanzielle Absicherung eine Bedeutung hat.

Ich glaube, dass es richtig ist und bleibt, dem eine zusätzliche Säule hinzuzufügen. Ich halte den Riester-Ansatz nach wie vor für richtig. Ich weiß, ihr diskutiert darüber. Ich halte es für noch besser, da stimme ich euch zu, wenn wir betriebliche zusätzliche Absicherungen hinbekommen. Dort, wo dies geht, ist dies ein guter, ein hervorragender Weg. Und ich glaube, dass wir dazu finden müssen auch den Weg zur bürgergesellschaftlichen, zur Bürgerversicherungsabsicherung, auf diesem Weg dann auch den steuerlichen Anteil entsprechend zu erhöhen, damit auch diejenigen ihren Beitrag leisten, die ihn ansonsten, wenn nur Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge eingezahlt werden, nicht leisten.

Dies scheint mir nach wie vor der richtige Gesamtweg zu sein, um diese Absicherung vorzunehmen. Aber lasst uns dagegen ankämpfen, dass so getan wird, als wären die Älteren, die Rentnerinnen und Rentner, diejenigen, die jetzt ihren eigenen Kindern und Enkeln das Brot wegnehmen würden. Das wäre eine verheerende Vorstellung für jede Gesellschaft.

Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss immer neben der Solidarität zwischen den lebenden Generationen auch die Solidarität für Generationen hinzukommen, die noch nicht leben. Eine große Aufgabe, denn Solidarität ist auch dieses Sich- füreinander- verantwortlich- Fühlen über Generationen hinweg. Wenn dazu kommt, dass dann die stärkeren Schultern auch an diesen Solidarleistungen stärker mittragen als die schwächeren Schultern, dann finden wir auch einen gesellschaftlichen Konsens dafür. Wenn der frühere Bundespräsident darüber öffentlich nachgedacht hätte, hätte ich mich gefreut. Über das, was er gesagt hat, kann ich eigentlich nur empört sein.

Wir können und wir wollen nicht den Himmel auf Erden versprechen. Wir sind auch keine Versammlung von Ideologen , sondern eine Partei, die mit beiden Beinen auf der Erde steht , die regiert und dafür Mehrheiten braucht, damit wir etwas verbessern können für die Menschen. Lieber von einem Weg von 100 Schritten die ersten 30 gehen, als stehen zu bleiben vor lauter Angst, dass wir die nächsten 70 dann nicht mehr hinbringen. Das hilft keinem Menschen weiter, das kennt ihr aus der betrieblichen Praxis . Man ringt um jeden Schritt. Und jeder Schritt in die richtige Richtung ist ein guter Schritt. So muss dies auch in der Zukunft für unsere Arbeit gelten. So muss es auch gelten für die Bildungspolitik als Grundlage für eine chancengerechte Gesellschaft, liebe Freundinnen und Freunde.

Deshalb gilt: Wir wollen - gerade auch vor dem Hintergrund der ungerechten Lastenverteilung in der Gesellschaft zwischen Frauen und Männern zu Lasten der Frauen - Angebote an Kinderkrippen, um den Eltern wirkliche Entscheidungsfreiheit zu geben. Wir wollen ihnen nicht vorschreiben, wie sie sich entscheiden, aber eine Freiheit, die bedeutet , dass man nur einen Weg gehen kann, weil es überhaupt keine Angebote gibt, das ist eine seltsame Art der Freiheit.

Und wir wollen Kindertagesstätten, die qualitativ und pädagogisch gut ausgestattet sind und wo die Eltern keine Elternbeiträge bezahlen müssen. Und das geht. Das ist eine Anstrengung, aber in Rheinland-Pfalz beweisen wir gerade, dass es geht.

Wir wollen Ganztagsschulangebote, weil wir die Fähigkeiten der Kinder auch gefördert sehen wollen. Und wenn man selber nicht Französisch gelernt hat und die Kinder kommen Nachmittags mit Französischhausaufgaben heim, dann können viele

Eltern eben nicht helfen. Aber wenn das Talent da ist, warum sollte es denn brach fallen? Das ist doch eine Idiotie gegenüber diesen Kindern und ihren Chancen und unserer Volkswirtschaft gegenüber, die jedes Talent und jede Fähigkeit braucht, um erfolgreich auch in der Zukunft sein zu können.

Der nächste Schritt ist die berufliche Bildung. Liebe Genossinnen und Genossen, vielleicht hilft's ja, dass einige jetzt spüren, dieses Wort, das wir von Anfang an geprägt haben, *wer keine Fachkräfte ausbildet, der hat dann auch keine, wenn er sie braucht*, dass dies jetzt schon Realität in der Gesellschaft wird. Deshalb, wir haben nichts dagegen, wenn gut ausgebildete Fachkräfte auch zu uns kommen, aber wir haben alles dagegen, dass hier nicht ausgebildet wird und dann anderen Völkern die Ausgebildeten abgeworben werden. Das darf nicht der Weg sein!

Ich habe vorhin gesagt :Das Kind aus einer Arbeiterfamilie hat nur eine Chance von 1:4, einen Studienplatz zu bekommen. Wollen wir denn wirklich zulassen, dass diese ohnehin schon ungerechten Chancen dadurch jetzt noch verschlechtert werden, dass wir wieder - wie zu unserer Jugendzeit - noch materielle Hürden vor die Hochschulen bauen, über die dann die Arbeiterkinder erst recht nicht drüber kommen?

Wir müssen darum kämpfen, dass Chancengerechtigkeit Realität wird. Wenn ihr euch die Hamburger Koalitionsvereinbarung anguckt, dann muss man den Grünen sagen: Das, was ihr da an Umfallerei gezeigt habt bei den Studiengebühren heißt, ihr fallt den Kindern aus Familien, die nicht so dicke Portemonnaies haben, in den Rücken. Ihr habt die gemeinsame Position, *keine Studiengebühren*, für die Macht geopfert. Das ist die Wahrheit, liebe Freundinnen und Freunde.

Und wenn die Sprecherin der so genannten Linken den Besuch von Kindern in Kinderkrippen mit der Genitalbeschneidung von Mädchen in Afrika gleichsetzt und sagt, *das eine sei genauso schlimme psychische Verstümmelung wie das andere körperliche Verstümmelung ist*, dann muss man sagen: Diese Dame ist Gott sei Dank nicht mehr bei uns. Mit unserem Denken hat das nix zu tun. Ob das links ist, liebe Freundinnen und Freunde, das glaube ich allerdings auch nicht.



Oh ja, wir haben eine Menge miteinander zu tun, um unsere Grundüberzeugung von einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft zu verteidigen. Es ist ja für unmodern erklärt worden, das Wort Gerechtigkeit nur in den Mund zu nehmen. Es ist eine unglückselige Art der Argumentation aufgebracht worden: Wenn man über Gerechtigkeit geredet hat, dann ist das als "Sozialneid" bezeichnet worden. Dem müssen wir entgegentreten. Und wir werden die Tendenz wieder zu verändern haben, liebe Freundinnen und Freunde. Unser Hamburger Parteitageprogramm zeigt in diese Richtung. Und lasst uns, wenn wir daran arbeiten für 2009 ein Programm aufzustellen, über diese Kernfragen reden, nicht übereinander und dass der eine den anderen vielleicht nicht so mag, wie der mag, dass der andere ihn mögen sollte.

Ich hoffe, dass es uns in der kommenden Woche in der Koalition gelingt, die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Erarbeiteten zu stärken. Und wir werden den Kampf um Mindestlöhne fortsetzen, für jeden Bereich, wo wir es erreichen können. Für mich ist es Zynismus, wenn jetzt zu dem Entsendegesetz gesagt wird, *das sind ja rund nur 1,4 Mio. Menschen, die davon betroffen werden.* Sind denn 1,4 Mio. Menschen und ihre Familien, die statt einem Hungerlohn die Chance haben, einen anständigen Lohn zu bekommen, nicht der Anstrengung von uns allen wert?

Wir werden diesen Kampf um jeden Schritt weiter gehen und mit einer klaren Perspektive 2009 antreten. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn - bei aller Diskussion über diese oder jene Sachfrage, das gehört zu einer lebendigen Demokratie dazu - wir für eine ökonomisch, ökologisch und sozial vernünftige und gerechte Zukunft kämpfen, dann werden wir auch Zustimmung finden. Wir können dabei aufbauen auf eine Tradition, die für uns nie Last sein wird. Es waren unsere Vorfahren, die gegen das Kaiserreich und die Bismarck-Macht gleiches Wahlrecht und Frauenwahlrecht durchgesetzt haben. Sie haben durch ihren Kampf dazu beigetragen haben, dass die Sozialversicherungen entstanden sind. Und es waren unsere Eltern und Großeltern, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben. Noch vor wenigen Tagen haben wir im Deutschen Bundestag der letzten Rede von Otto Wels am 23. März 1933 gedacht. Und ich habe in den letzten Monaten mehrfach Gelegenheit gehabt, Genossinnen und Genossen zu besuchen, die sich nicht der Gleichschaltung des SED-Regimes gebeugt haben, aber dafür über Jahre in DDR-Gefängnissen waren und dann - wie hieß das? - *ausgebürgert* worden sind.

Und als ich mit einem Genossen darüber geredet habe, ist mir dieser Versuch der Konservativen auf einmal in einem ganz anderen Licht erschienen, von den *bürgerlichen* Parteien zu reden, von der *bürgerlichen* Gesellschaft zu reden. Und ich habe mich gefragt, auch vor dem Hintergrund dessen, was wir erlebt haben in unserer Geschichte, welcher maßloser Anspruch ist das denn? Nein, wir werden uns nicht ausbürgern lassen. Und wir werden nicht auf unsere Seele verzichten. Eine rationale Politik, die weiß, wie Werte geschaffen werden, und eine Politik, die rational und von Herzen für Gerechtigkeit und Solidarität eintritt in Deutschland, gegenüber unseren Nachbarinnen und den Nachbarn, aber auch in Europa und weltweit, eine solche Politik, davon bin ich überzeugt, ist in unserer Zeit so nötig denn je. Dafür zu kämpfen, adelt uns. Bitte macht mit.